



Denk ich an TTIP in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht!

Vorweg gesagt: warum brauchen wir überhaupt Freihandelsverträge? Diese Frage konnte bisher niemand aus der Politik erschöpfend beantworten. Handelshemmnisse sollen die drei von der Freihandelslobby in die Gehirne vieler Politiker implantierten Verträge beseitigen. Als wenn das die Hauptsache wäre! In Brüssel hält man uns Bürger einfach nur für blöd, wenn man hofft, dass die Europäer diese faulen Früchte nicht rechtzeitig erkennen würden. Sicherlich sind wir erst ziemlich spät aufmerksam geworden. Aber das liegt natürlich an der Vorgehensweise, wie man in der EU, Kanada und USA mit den Verhandlungen über TTIP, CETA und TiSA umgeht. Es gibt Verhandlungen, die so geheim sind, dass man denken könnte, da passiert gar nichts. Und genau das sollte ja wohl auch erreicht werden. Politik von heute hat eben das Problem, dass die Bürger hin und wieder mal mitdenken und sich kein X für ein U vormachen lassen. Und was stört die politische Kaste mehr, als dass

sich politisch selbstbewusste Menschen in das Geschäft der Politik einmischen? Sicher, es sollen die Parteien sein, die die politischen Geschicke des Landes bzw. der Länder lenken sollen. Aber was ist, wenn man als Bürger den berechtigten Eindruck gewonnen hat, dass Politik sich eben nicht um das Wohl des Volkes allein kümmert, sondern neben dem Wohl der Parteien vor allen Dingen das der Wirtschaft und des Handels im Auge hat. Manchmal decken sich die Interessen beider, der Menschen und der Wirtschaft, aber seit wir weltweit eine neoliberale Ausrichtung des Wirtschaftsgeschehens haben, wird der Mensch der Ökonomie untergeordnet und angepasst. Von der trügerischen Hoffnung angetrieben, wetteifern CDU, SPD und auch die im Moment Morgenluft witternde FDP darum, wer mehr dafür tut, die Wirtschaft zum wahren Herrscher aufzubauen. Vergessen der Begriff „sozial“. Sozial ist was Arbeit schafft. Eine brutale Verbiegung und Verbeugung vor der Ökonomie

kann es kaum geben. Denn eigentlich sollte die Arbeit für den Menschen da sein und nicht umgekehrt. Heute aber ist der Mensch nur noch „Humankapital“, das man jederzeit und überall beliebig einsetzen können muss. Und wer das als Faktor „Humankapital“ nicht kann, der muss dann sehen, wo er bleibt. „Friss oder Stirb“ heißt die Devise. „Pass dich an oder du gehst unter.“ Was das im Einzelnen bedeutet, können wir jeden Tag an immer mehr bekannt gegebenen Zahlen über die Ungleichheit bei der Vermögensverteilung beobachten. 6 % der Einwohner unseres Landes verfügen über mehr als 60% des Vermögens. 46% der Deutschen haben am Monatsende nach Abzug ihrer Kosten 100 Euro zum „Verprassen“ übrig. Was für eine Entwicklung! Und wir Bürger müssen uns dann noch von SPD Wirtschaftsminister Gabriel als hysterisch beschimpfen lassen, nur weil wir nicht mehr alles so hinnehmen wollen. Die Frustration bei den Menschen wächst. **-Joachim F. Gogoll-**

Was ist eigentlich „Freihandel“?

Freihandel nennt man einen internationalen Handel zwischen mindestens zwei Staaten, die vorher einen solchen Vertrag abgeschlossen haben. Ursprünglich waren Freihandelsverträge dazu gedacht, sogenannte Handelshemmnisse wie z.B. Zölle oder begrenzte Importmengen zu beseitigen. In den

Handelshemmnisse

Verträgen der Neuzeit allerdings wurde der Freihandelsbegriff stark erweitert. Handelshemmnisse sind demnach heutzutage auch Subventionen, Beteiligungen an Unternehmen und sogar das Patentrecht. Eine weitere Neuerung sind die Investitionsschutzklausel und die Schiedsgerichte. Allgemein wird für diese Klausel auch der Begriff ISDS (Investor-State Dispute Settlement) verwendet. Diese Regelung besagt nichts anderes, als dass ein möglicher Investor, also z. B. ein ausländisches Unternehmen, die Möglichkeit hat, gegen bestimmte Regelungen wie zum Beispiel Umweltstandards, Lebensmittel-

Schiedsgerichte

standards etc. per Schiedsgericht zu klagen, wenn das Unternehmen seine Rechte verletzt sieht oder auch der Meinung ist, dass solche Regeln die zu erwartenden Gewinne schmälern könnten. Also nicht nur der tatsächlich entgangene Gewinn eines Investors, sondern auch der evtl. zu erwartende Gewinn kann eingeklagt werden. Sollte ein Staat zum Schadensersatz verklagt werden, so steht der Steuerzahler dafür gerade, d.h. die Entschä-

NAFTA-Abkommen

digung des Unternehmens wird also aus Steuergeldern gezahlt. Das führt zwangsläufig zu einer Einschränkung nationaler Souveränität. Erfahrungen mit NAFTA, einem Freihandelsabkommen von 1994 zwischen Kanada, USA und Mexiko haben gezeigt, dass selbst in der US-amerikanischen Regierungspolitik von vorneherein keine Entscheidungen gefällt wurden, die einen Verstoß gegen NAFTA Bestimmungen bedeutet hätte. Nicht die Bedürfnisse eines Volkes, sondern die eines Investors werden berücksichtigt. -Fortsetzung S. 2

Was ist Freihandel?

Fortsetzung von Seite 1

Dass ein Freihandelsvertrag sich auf die Themen Wirtschaft und Handel bezieht, ist nachvollziehbar. Mit der neuen Generation von Freihandelsverträgen kommt neben diesen beiden Begriffen zusätzlich noch der Bereich der Dienstleistungen dazu. Anders als in früheren Verträgen wird heute getreu dem neoliberalen Grundsatz, dass alles vermarktet werden kann und muss, sogar die Polizei und die Feuerwehr in die Freihandelsabkommen einbezogen. Der Krankenpflagedienst aus dem Ausland kann Wirklichkeit werden und unterliegt nach dem Inkrafttreten der Freihandelsverträge eben deren Gesetzmäßigkeiten. Selbst Anbieter von Dienstleistungen, die nicht die gleichen Standards wie das Land haben, in dem sie tätig werden wollen, dürfen vom freien Wettbewerb nicht ausgeschlossen werden. Gerade bei den Pflegeberufen ist zukünftig mit einem immer größer werdenden Bedarf zu rechnen, da unsere Bevölkerung in den meisten Teilen Europas immer älter wird. Man sollte beachten, dass man im Streitfall wegen unsachgemäßer

Ausführung der Arbeiten dann in dem Land vor Gericht gehen muss, aus dem das Unternehmen kommt gegen das man klagen will. Also auch dann in Kanada, wie im Fall CETA und in den USA wie im Fall TTIP. Rechtsprechung kann dann für diejenigen, die Recht bekommen wollen, extrem teuer werden. Auch im Bereich der Sicherheitsdienste wird die Privatisierung fortschreiten, obwohl in der EU bisher nur eine Minderheit daran denkt. Die Polizei und die Feuerwehr zu privatisieren. Bisher ist nur in Kabarettveranstaltungen mal darüber nachgedacht worden, was eine Privatisierung denn bedeuten kann. Muss man zukünftig erst mit der Kreditkarte winken, bevor gelöscht oder polizeilich geholfen wird? Zur Zeit ist es eher unwahrscheinlich, aber zukünftig wird nichts unmöglich sein



-fw-

Steigende Armut durch Umverteilung

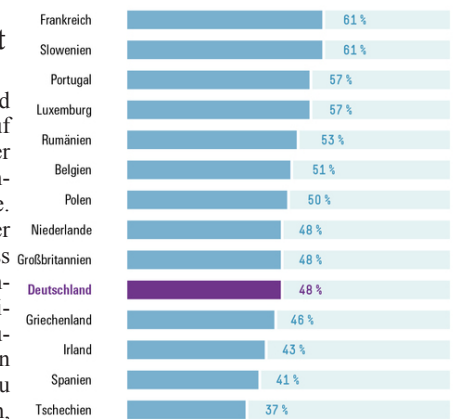
Spätestens seit die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher anfang der 1980er Jahre die Gewerkschaften in GB zu bekämpfen, um deren Macht zu brechen, spätestens seit diesem Zeitpunkt beginnt der Kampf der Wirtschaftseliten um die Vormacht in den einzelnen Ländern, und nach der Erfindung des Internets, um die Vormacht weltweit. US Präsident Reagan und später Bundeskanzler Kohl folgten den Verlockungen der Wirtschaft, die fortdauernden Wohlstand und geringe Arbeitslosigkeit versprachen. Kohls Worte von der „geistig moralischen Wende“ waren die Grundlage für das Unterordnen der Bedürfnisse der Menschen unter die der Wirtschaft. Heute ist uns diese Politik besser bekannt unter dem Namen „neoliberal“. Die Folgen solcher Tuns sieht man in allen Ländern. Immer weniger Menschen verfügen über immer mehr Vermö-

gen. Die Menschen der Entwicklungs- und Schwellenländer stürzen mit Ausnahme ihrer vermögensebenen Oberschichten, in grenzenlose Armut, während auf der anderen Seite diese Armut den steigenden Reichtum der Oberschichten in den Industrienationen begründet. Der Mensch spielt praktisch keine Rolle mehr. Er ist nur noch ein Kostenfaktor der Wirtschaft. Und Kosten müssen fortwährend vermindert werden. Dieses Fehlverhalten schlägt nun immer heftiger auf die Industrienationen zurück. Steigende Flüchtlingsströme aus den afrikanischen Ländern treffen unterwegs mit den Flüchtlingen einer verfehlten Waffenexportpolitik der Industrienationen zusammen und desmaskieren viele Staaten der EU als rücksichtslos und unsolidarisch. Die Politik wird die Geister, die sie rief nicht mehr los.

Der Mindestlohn auch in Deutschland war dringend nötig - er reicht aber nicht aus!

Unsere Wirtschaft stand vor dem Ruin, als auf Initiative der SPD der Mindestlohn in Deutschland eingeführt wurde. Dabei lernte früher jeder Ökonomiestudent, dass die Steigerung der Binnennachfrage die heimische Wirtschaft befeuert. Sieht man aber in der Grafik rechts genau hin, dann wird deutlich, dass unser Mindestlohn zu gering ist.

Mindestlöhne oft unter der Armutsschwelle
So hoch liegt der Mindestlohn im Verhältnis zum mittleren Stundenlohn von Vollzeitbeschäftigten in ...



Quelle: OECD 2015, WSI Mindestlohndatenbank 2016
Grafik zum Download: bit.de/impuls0203 Daten: bit.de/impuls0204

Hans Böcker Stiftung

Kirchliche Träger und Freihandel

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es viele Einrichtungen deren Träger kirchlich sind. Auch dieser Bereich der Trägerschaft kann von den drei Verträgen massiv beeinflusst werden. Bei diesen Einrichtungen ist es mehrheitlich so, dass der Staat den größten Teil der Kosten übernimmt, während die Kirchen jeweils nur drei bis fünf Prozent der Kosten tragen müssen. Anders als bei der Kostenverteilung ist der Einfluss der Kirchen in ihren Trägern sehr groß. Das gilt auch und gerade eben bei den Arbeitsverträgen und den Regeln, nach denen Angestellte im Kirchendienst andere Verhaltens- und Arbeitsrichtlinien haben, weil die Kirchen

das Recht für sich in Anspruch nehmen, Arbeitskriterien nach Kir-



chengesichtspunkten und Regeln zu bestimmen. Solche Regeln können aber bei Freihandelsverträgen ungültig werden, da die Kirchen ihre Sonderstellung als Arbeitgeber verlieren könnten, stünden diese Regelungen einem offenen Freihandel auch bei Dienstleistungen entgegen. Außerdem könnten Kirchen nach Abschluss der Verträge eventuell vorher beschlossene Privatisierungen ihrer Einrichtungen nicht wieder rückgängig machen, wenn sie feststellen, dass diese private Unternehmensform nicht funktioniert. Klauseln in den Freihandelsverträgen verbieten das. Es gibt die Möglichkeit, dass staatliche Zuschüsse auch für kirchliche Einrichtungen wegfallen könnten sollte TiSA in Kraft treten.

Termine

Am 23.4.2016 Großdemo in Hannover gegen TTIP etc. anlässlich des Besuchs des US-Präsidenten auf der Hannovermesse.

Impressum

Herausgeber:

Joachim F. Gogoll für Attac-COE

Redaktionsanschrift

Büro:

Detmolder Straße 9
45896 Gelsenkirchen

E-Mail:

[jfgogoll\(at\)aol.com](mailto:jfgogoll(at)aol.com)

Wer für seine Überzeugungen kämpft, kann verlieren - wer nicht kämpft hat schon verloren!
noch Fragen?

www.attac-coe.de

Es rumort gewaltig im Volk!

von Joachim F. Gogoll

Was mich beschäftigt ist die Frage, wie lange es noch dauert, bis sich unser politisches System von selbst zerlegt. Eines hat die Politik der letzten 30 Jahre bewirkt: erst eine zunehmende Resignation innerhalb Menschen, sichtbar durch eine große Wahlenthaltung und zum zweiten das Abschneiden rechter Bauernfänger wie der AfD, die nun wirklich mit meinem Demokratieverständnis gar nichts zu tun hat. Es ist interessant zu beobachten, wie Volksparteien wie die CDU und die SPD an Bedeutung verlieren, so-

lange sie sich gemeinsam regierend um die sogenannte politische Mitte streiten. Ich erinnere mich an die Worte eines meiner Politiklehrer auf dem Gymnasium: wenn es politisch eng wird, dann wählt Deutschland rechts. Die AfD könnte ein Beispiel sein. Allerdings fehlt es bis heute an einer sozialdemokratischen Macht, solange die SPD keine sozialdemokratische Politik mehr verfolgt. Bin mal gespannt, ob sich da was tun wird.

